

Senatspläne für Flüchtlingsunterkunft in Berlin-Dahlem sorgen für Streit

Proteste gegen Flüchtlingscontainer auf Unigelände in Berlin-Dahlem. Erfahre, warum die geplante Unterbringung für Diskussionen sorgt und die Woke-Fassade ins Wanken gerät. #Flüchtlingsunterkunft #FUBerlin #Proteste

Die geplante Errichtung eines Containerdorfes für 260 Flüchtlinge auf einem brachliegenden Unigelände in Berlin-Dahlem stößt auf Widerstand, insbesondere von der Freien Universität. Die Universitätsleitung empfindet die Entscheidung des Senats, Flüchtlinge dort unterzubringen, als Übergehung ihrer Zustimmung. Bereits in vergangenen Jahren hatte die FU Berlin kurzfristige Notunterkünfte für geflüchtete Menschen bereitgestellt. Die Universität betonte jedoch, dass das betreffende Grundstück nach 2023 dringend für eigene Bauprojekte benötigt werde, da aufgrund des hohen Sanierungsbedarfs und umfangreichen Bauplanungen keine anderen Flächen zur Verfügung stünden. Die FU schlug vor, leerstehende Gebäude der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben für die Flüchtlingsunterbringung zu nutzen.

Der Sonderbeauftragte für Flüchtlingsfragen beim Senat, Albrecht Broemme, verteidigt die Entscheidung, Flüchtlinge auf dem Unigelände unterzubringen, bis Bauprojekte der Universität beginnen. Er betont, dass die Unterbringung der Flüchtlinge prioritär sei und keine Erweiterung der universitären Baupläne blockieren solle. Die FU-Kanzlerin wird gebeten, eine zeitliche Angabe für den Baubeginn des geplanten Gebäudes zu machen. In einer weiteren Maßnahme beschloss der Senat Ende März die Errichtung von 16 weiteren Containerdörfern in Berlin, da der Bedarf an Wohnraum für Flüchtlinge weiterhin groß ist.

Der geplante Standort für das Containerdorf in Dahlem löste im Netz Spott und Kritik aus. Einige Nutzer fragen, warum die weltoffene FU Berlin nicht temporär den Parkplatz zur Verfügung stellen könne, um Flüchtlinge zu unterstützen. Kritik richtet sich auch an die FU, da sie Platz für andere gesellschaftliche Anliegen habe, aber scheinbar keine Unterstützung für die Unterbringung von Flüchtlingen bieten wolle. Der Vorfall wirft somit auch die Frage auf, ob die Wokeness der Universität bei konkreten Herausforderungen auf dem Spiel steht.

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de